



Beschluss der JHV der SPD Köln-Ehrenfeld vom 5.2.2019
zur Beschlussfassung an den Unterbezirksparteitag am 16.3.2019 und Weiterleitung an den
Landes- und Bundesparteitag

Zur Abrüstung und Rüstungskontrolle

Wir fordern die Bundesregierung auf, entschieden für den Erhalt des INF Vertrages einzutreten und den Weg der nuklearen Rüstungskontrolle und Abrüstung nicht zu verlassen. Statt der Aufkündigung des bilateralen INF-Vertrages muss das Verbot nuklearer Mittelstreckenraketen in der multipolaren Welt des 21. Jahrhunderts weiterentwickelt werden.

Wir unterstützen die von der SPD Bundestagsfraktion geforderten neuen Impulse für Rüstungskontrolle. Wir sind überzeugt, dass mehr Waffen nicht mehr Sicherheit schaffen und fordern die SPD dazu auf, eine Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Deutschland zu verhindern.

Damit einhergehend intensivieren wir unsere Bemühungen für eine atomwaffenfreie Welt und fordern den Abzug der US Atomwaffen aus Büchel.

Die in Büchel/Rheinland-Pfalz stationierten 20 Atomsprengköpfe haben jeweils mehr als das Dreifache der Zerstörungskraft der Hiroshima-Bombe, die damals 80.000 Menschen sofort und weitere 200.000 in der Folge getötet hat. Die Sprengköpfe sind für den Transport mit deutschen Tornado-Jagdbombern vorgesehen. Von Deutschland darf keine massenhafte Tötung von Menschen mehr ausgehen, daher müssen diese Waffen abgezogen werden. Kriegswaffen, die unterschiedslos auf die Vernichtung ganzer Städte und Regionen samt ihrer Bevölkerung abzielen, müssen geächtet und vernichtet werden.

Bereits 2010 hat der Bundestag mit breiter Mehrheit den Abzug dieser in Deutschland stationierten US-Atomwaffen beschlossen. Im aktuellen Koalitionsvertrag heißt es dazu unter anderem: „*Wir setzen uns entschlossen für die weltweite verifizierbare Abrüstung von allen Massenvernichtungswaffen ein. Ziel unserer Politik ist eine nuklearwaffenfreie Welt. (...) Erfolgreiche Abrüstungsgespräche schaffen die Voraussetzung für einen Abzug der in Deutschland und Europa stationierten taktischen Nuklearwaffen.*“

Begründung:

Die einseitige Aufkündigung des INF-Vertrages durch die USA ist die verhängnisvolle Einladung zu einem neuen nuklearen Wettrüsten. Es droht ein völliger Zusammenbruch der internationalen Rüstungskontrollarchitektur mit unabsehbaren Folgen für die globale Sicherheit.

Deutschland hat sich deshalb völlig zu Recht in den nächsten beiden Jahren vorgenommen, als nichtständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates die Krise der nuklearen Abrüstung und Rüstungskontrolle wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Denn Deutschland und Europa dürfen niemals wieder zum Austragungsort atomaren Wettrüsten werden.